

„Der Krieg muss zum Stillstand kommen!“

Stand: 09:26 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Claus Christian Malzahn**

Reporter



Michael Kretschmer (CDU), Ministerpräsident von Sachsen

Quelle: dpa/Robert Michael

In Dresden streiten sich Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) über die notwendigen Konsequenzen aus dem Ukraine-Krieg. Kretschmer hofft auf eine diplomatische Lösung. Doch seine Vorschläge zum Ende des Konflikts bleiben vage.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland wird in Berlin entworfen und verfolgt. Als der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer sich im Juli aus Dresden mit der Forderung zu Wort meldete, der Krieg in der Ukraine ([/politik/ausland/video240500845/Ukraine-Krieg-WELT-Reporter-Schwarzkopf-mit-ukrainischen-Soldaten-an-der-Front.html](https://www.welt.de/politik/ausland/video240500845/Ukraine-Krieg-WELT-Reporter-Schwarzkopf-mit-ukrainischen-Soldaten-an-der-Front.html)) müsse „eingefroren“ werden, zog so mancher Bundespolitiker die Augenbrauen hoch. Die Chefin des Außenamtes, Annalena Baerbock, erklärte, sie wisse nicht, was Kretschmers Aussage bedeuten solle. Und der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Alexander Dobrindt, stellte kühl klar, Kretschmer vertrete „nicht die Haltung von CDU und CSU“.

Kretschmer, stellvertretender Parteivorsitzender der CDU, wurde regelrecht abgekanzelt. Der Mann betreibe wohl eher sächsische Innenpolitik als ernsthafte Außenpolitik, hieß es genervt aus den Reihen der Union. Allerdings sind deutsche Außen- und Innenpolitik in Zeiten des Krieges inzwischen so ineinander verzahnt, dass kein Ministerpräsident der Republik darüber hinwegsehen kann. Schon gar nicht in Dresden, das nur knapp neun Autostunden von Lwiw entfernt liegt.

Aber was hat Michael Kretschmer eigentlich mit seiner Forderung gemeint? Und an wen war sie gerichtet ([/politik/deutschland/article239973109/Sachsens-Ministerpraesident-Kretschmer-Energiewende-in-urspruenglicher-Planung-ist-gescheitert.html](#))? Einfrieren kann den Konflikt nach Lage der Dinge wohl nur der Aggressor, und der macht keine Anstalten dazu.

Um diese und andere Frage zu klären, trifft sich der 47-jährige Regierungschef am Dienstagabend mit seinem Stellvertreter, dem sächsischen Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) zu einem Streitgespräch im Dresdner Filmtheater Schauburg. Zwei Stunden debattieren die beiden, tauschen ebenso energisch wie höflich Argumente aus. Der Titel der von der Friedrich-Ebert- und der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgerichteten Veranstaltung: „Deutschland und Sachsen in der Zeitenwende, was jetzt zu tun ist“. Natürlich bleiben viele Fragen offen.

Zu Beginn sieht sich Kretschmer zu einer Klarstellung genötigt. Putin sei ein Kriegstreiber, der Überfall auf die Ukraine ein „riesiges Verbrechen“. Er begrüßt die Bereitstellung von 100 Milliarden Euro zum Sondervermögen der Bundeswehr, plädiert dafür, dass Deutschland seine Verpflichtungen im Nato-Bündnis erfülle, die Republik autark werde und auf „eigene Stärke“ bauen könne. Ein Angriff auf ein Mitglied der Nato oder ein EU-Land müsse „starke Konsequenzen“ haben, das westliche Bündnis sei unsere Lebensversicherung.

So weit liegt Kretschmer auf Berliner Linie. Dann wird deutlich, wo er nicht mitgehen kann oder will.

Es gebe Gründe, warum die Ukraine nicht in der EU und in der Nato sei. Russland sei ein so riesiges Land, das man von außen nicht beeinflussen könne. Dann der Satz: „Wenn wir uns jeden Konflikt der Welt zu eigen machen, ist das der Untergang.“ Vor allem die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine hat Kretschmer wiederholt kritisiert. Wenn jetzt in Berlin

die Haltung vorherrsche, dass die Ukraine den Krieg gewinnen müsse, „sage ich nein. Der Krieg muss zum Stillstand kommen“.

Das wünscht sich auch Martin Dulig. Er fragt sich nur, wie das gerade gehen soll. Ihm bleibt vor allem die Rolle vorbehalten, Kretschmer immer wieder zu fragen, wie denn ein Verhandlungsfrieden erreicht werden könne. Das dürfe nicht auf Kosten Kiews geschehen: „Die Ukraine opfern, das geht nicht!“ Am ehesten könne man Putin noch mit den laufenden Sanktionen zu Gesprächen bewegen.

Kretschmer scheint an die Wirkungsmacht der Sanktionen nicht recht zu glauben, zumal Russland heute mit Energieeinnahmen mehr Geld verdiene als vor dem Krieg, wie er betont. Auf die Frage Duligs und der Moderatorinnen, wie das mit dem „Einfrieren“ nun funktionieren könne, bleibt Kretschmer vage.

Deutschland sei mit seiner Rolle als Verhandlungsmacht immer gut gefahren. Das sei nicht mit Neutralität zu verwechseln, beugt er Kritik vor. Allerdings solle die Bundesrepublik als größtes Land der EU diplomatische Möglichkeiten

(/politik/ausland/video239503273/Ukraine-Krieg-Matthias-Schranner-zu-Verhandlungen-mit-Putin.html) ausloten, als mögliche Partner nennt Kretschmer China und die Türkei.

Duligs Kritik kontert er mit der Bemerkung, er setze nicht auf einen militärischen Sieg. Am Ende gebe es einen Verhandlungsfrieden, das sei so sicher wie das Amen in der Kirche. Ein dauerhafter Krieg berge „riesige Gefahren, das ist nicht mein Weg“. Es sei aber schwer zu verhandeln, wenn man gleichzeitig schwere Waffen liefere. Nun fehle bloß noch, dass deutsche Soldaten in der Ukraine eingesetzt werden, ein „Riesenproblem“. Man habe sich schon „sehr weit auf schiefer Ebene“ bewegt.

Die Dimension der Krise sei „gewaltig“, sagt Kretschmer

Bei diesem Punkt dreht sich die Debatte im Kreis, kein Wunder, wie der Krieg beendet werden kann, weiß derzeit auch in Brüssel, Washington und Berlin niemand genau. Kretschmers Thema ist: Wird das im Moment wenigstens versucht? Vielleicht werde ja längst hinter verschlossenen Türen geredet und „wir wissen es nur nicht“.

Kretschmer treibt vor allem die Sorge um, dass die Bundesrepublik die immensen wirtschaftlichen Folgen des Krieges dauerhaft nicht stemmen könne. Er fürchtet, dass ihm

sein Sachsen gesellschaftlich noch mehr auseinanderfliegt als das ohnehin schon der Fall ist. Die Dimension der Krise sei „gewaltig“. Für ein paar Monate seien solche Ausnahmezustände – hohe Energiepreise, Inflation – sicher tragbar. Aber der Gedanke, man könne das über Jahre tragen, sei eine „gefährliche Illusion. Temporär geht das alles, dauerhaft geht es eben nicht, das ist mein Hauptpunkt“.

Dulig entgegnet, dass ein Einfrieren des Krieges zu Lasten der Ukraine keine Stabilität, sondern höchstens eine kurze Verschnaufpause bringe in Europa. Dass Putin mal eben die europäische Friedensordnung über den Haufen geschossen hat, will der Sozialdemokrat nicht akzeptieren. Als Wirtschaftsminister weiß er freilich sehr genau, wie stark der Krieg inzwischen auch auf den Freistaat drückt.

Die galoppierenden Energiepreise will der Wirtschaftsminister mit einer Grundversorgung einhegen, ein „Grundverbrauch zu einem sozial darstellbaren Preis, der Mehrbedarf dann über Marktpreise“. Im Zweifel müsse man „den sozialen Frieden auch mit neuen Schulden“ sichern. Interessant, dass Kretschmer hier nicht widerspricht. Im Krisenmanagement finden die Kontrahenten, die sich seit Jahrzehnten kennen, wieder zueinander. Längere Laufzeiten von AKWs und Fracking in Deutschland? Für beide in der Not tendenziell ebenfalls kein Tabu.

Kretschmer wünscht sich, dass die Debatte weitergeht, dass man bei diesem festgefahrenen Krieg „an einen Punkt komm(t), wo Dinge wieder möglich sind“. Eine „Verhandlungslösung muss möglich sein“ – den Satz sagt er oft, jedesmal kommt Applaus. Das spiegelt die Stimmung im Land. Die Bereitschaft, die Ukraine auch bei eigenen Nachteilen langfristig zu unterstützen und Sanktionen gegen Russland aufrecht zu erhalten, ist im Westen weit ausgeprägter als im Osten. Schon jetzt hat die in Sachsen besonders starke AfD das erkannt und zu ihrem Thema gemacht. Man müsse dem „radikalen Populismus entgegentreten“, sagt Kretschmer. Aber einfrieren kann er diesen Populismus wohl genauso wenig wie den Krieg in der Ukraine. Bestenfalls kann er auf dieser populistischen Welle surfen gehen, zum Verdruss vieler Parteifreunde.

Am Ende der Debatte bleibt das Versprechen, „die Menschen sicher durch harte Zeiten zu führen“, wie Dulig es formuliert. Kretschmer stimmt zu. Kann man mit Putin noch reden? Für Dulig ist das unvorstellbar. Kretschmer sagt dazu, dass man es sich im Zweifel nicht

aussuchen könne. Er schließt es für sich persönlich aus. Aber Michael Kretschmer ist als Gesprächspartner des Kreml auch nicht gefragt.

Er ist nicht der deutsche Außenminister, auch nicht der Kanzler. Sondern der Ministerpräsident von Sachsen, der Aufwallungen von Teilen der Bevölkerung in den vergangenen Jahren zu verschiedensten Anlässen immer wieder erlebt hat. Und der nun zwischen eigenen Befürchtungen, Skepsis und Verantwortung einen Weg durch eine Krise sucht, von der er ahnt, dass sie so brutal werden könnte wie noch keine andere zuvor.

Ukraine-Krieg, Ampelregierung und Inzidenzwerte – jeden Morgen gibt es neue Schlagzeilen. Im täglichen Podcast „Kick-off Politik“ geben wir Ihnen im Gespräch mit WELT-Experten die wichtigsten Hintergrundinformationen zu einem politischen Top-Thema des Tages. Außerdem erfahren Sie, welche Themen und Termine wichtig werden. Der Podcast für alle, die wissen möchten, was der Tag so bringt. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify

(<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts

(<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music

(https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240520671>